

# **Situationsanalyse Sprache und Integration**

## **Summary**

In dieser Situationsanalyse, die ein interorganisationales Team unter Heranziehung statistischer Daten und wissenschaftlicher Konzepte verfasst hat, wird begründet, weshalb die Forderung nach einer Sprachoffensive von progressiven migrantischen Kräften erhoben wird. Anhand ausgewählter Indikatoren wird gezeigt, dass trotz vielfältiger Integrationsbemühungen wesentliche strukturelle Integrationsdefizite nicht behoben werden konnten. Die These lautet, dass mangelnde Sprachkenntnisse gesellschaftliche Chancenungleichheit noch verstärken, während die Aneignung von Sprachkompetenz einen Schlüssel für die Überwindung von Integrationshürden darstellen kann.

Es handelt sich bei diesem Dokument um eine Zusammenfassung umfangreicherer Recherchen. Falls Sie detailliertere Informationen wünschen, wenden Sie sich an: [info@integrationsnetz.org](mailto:info@integrationsnetz.org).

## **Sprache als Indikator für Integration?**

Nicht erst im Hinblick auf die Einführung des neuen Gesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) ist sie aktuell, aber dadurch wird sie besonders virulent: nämlich die Diskussion um die Rolle, welche Sprachkompetenz für die Integration spielt. In verschiedenen Kantonen wie dem Aargau und den beiden Basel soll die Erteilung der Aufenthaltsbewilligung zukünftig mit der Verpflichtung verknüpft werden, dass die BewerberInnen die dort gesprochene Landessprache bzw. Amtssprache lernen. In den Kantonen Luzern und Zug werden ebenfalls Überlegungen angestellt, wie ausländische Personen stärker dazu motiviert werden können, sich sprachlich zu integrieren. Diese Debatten und aktuellen politischen wie rechtlichen Entwicklungen deuten darauf hin, dass Sprachkompetenz als ein Gradmesser für die Integration bzw. als ein Mittel dazu verstanden wird. Tatsächlich spricht eine beträchtliche Anzahl von MigrantInnen, unabhängig von ihrem rechtlichen Status in der Schweiz, die Landessprache(n) ihres Wohnkantons ungenügend, selbst wenn die betreffenden Personen schon seit Jahren im gleichen Sprachgebiet leben. Aus Medienberichten, der Erfahrungspraxis von kommunalen und kantonalen Ämtern und Institutionen sowie aus den Aussagen von interkulturellen VermittlerInnen geht diese Tatsache, die auch durch wissenschaftliche Untersuchungen (z.B. Arend/Baur/Schuler 2005) gestützt wird, deutlich hervor.

Gleichzeitig weisen dieselben migrantischen Personengruppen, die von mangelhaften Sprachkenntnissen besonders betroffen sind, beträchtliche sozioökonomische und alltagskulturelle Integrationsdefizite und Benachteiligungen auf. Dies hat historische Gründe. Während vieler Jahrzehnte setzte die schweizerische „Ausländerpolitik“ nämlich auf die fast alleinige Integrationskraft des Arbeitsmarktes.

## **Integration durch Arbeit?**

Für weniger privilegierte, schlecht bzw. ungenügend ausgebildete Migrantinnen oder Migranten sowie für migrantische Personen, deren Bildungs- und Berufsabschlüsse hierzulande nicht anerkannt sind, bedeutet(e) dies de facto die Integration in Tieflohnbranchen und in berufliche Positionen, von welchen aus eine berufliche Weiterbildung und ein professioneller Aufstieg praktisch unmöglich sind. So zeigt das

Bundesamt für Migration in seinem Bericht „Probleme der Integration von Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz“ von 2006, dass mehr als die Hälfte des Arbeitsvolumens in der Hotellerie und Restauration und mehr als ein Drittel des Arbeitsvolumens im Baugewerbe von Ausländerinnen und Ausländern erledigt wird (Bundesamt für Migration 2006, S. 40). Bei diesen und ähnlichen Arbeitsverhältnissen in der Dienstleistungsbranche und in der Industrie sind eigentliche „language skills“, also das mündliche und/oder schriftliche Beherrschen der in der Schweiz gängigen Sprachen, nicht oder nur in einem eingeschränkten sprachlichen Kontext gefragt. Entsprechend klein sind die Anreize für die Betroffenen, sich entsprechende Sprachkenntnisse aus eigenem Antrieb anzueignen. Relativ gut untersucht ist für die Stadt Zürich die soziale Lage der aus Sri Lanka stammenden Bevölkerungsgruppe, die grosse Mehrheit davon sind ethnische Tamilinnen und Tamilen (Statistisches Amt Stadt Zürich 2006). Sehr viele der anfänglich fast ausschliesslich männlichen srilankisch-tamilischen Immigranten begannen ihre Arbeitslaufbahn einst als „Tellerwäscher“ und Küchenhilfen. Daran hat sich auch nach insgesamt bald 25 Jahren, seit der vom Bürgerkrieg bedingte Exodus der tamilischen Bevölkerung aus Sri Lanka begann, erstaunlich wenig geändert; und zwar auch wenn viele srilankische Tamilinnen und Tamilen ein ansehnliches Bildungskapital mitbringen. Diese ernüchternde Tatsache kann auf die griffige Kurzformel „Vom Tellerwäscher zum Tellerwäscher“ gebracht werden. Sie geht einwandfrei aus einer Untersuchung des Statistischen Amtes der Stadt Zürich hervor, in welcher die Angehörigen von über dreissig in der Stadt Zürich lebenden Nationen im Hinblick auf ihre strukturelle „Ähnlichkeit“ mit der schweizerischen Zürcher Bevölkerung untersucht wurden. Dabei stellte sich heraus, dass über die Hälfte der erwerbstätigen srilankisch-tamilischen Personen nach wie vor im Gastgewerbe arbeiten und mehr als Dreiviertel (> 75 Prozent) im Gastgewerbe und der Reinigungsbranche zusammen. Eine derart einseitige berufliche Orientierung findet sich bei keiner anderen der untersuchten Gruppen (Statistisches Amt Zürich 2006, insbes. S. 38-41).

Neben diesem Fallbeispiel belegen auch andere Indikatoren die schlechtere soziale Integration von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit. So sind unter den „Working Poors“ deutlich mehr ausländische Personen zu finden als schweizerische: Im Jahr 2003 wiesen AusländerInnen mit 13.2 Prozent eine mehr als doppelt so hohe Working Poor-Quote auf als SchweizerInnen mit 5.7 Prozent (Bundesamt für Migration 2006, S. 52). Die Erwerbslosenquote betrug im Jahr 2005 unter ausländischen Personen 8.8 Prozent<sup>1</sup>. Damit waren bzw. sind AusländerInnen fast dreimal so oft von Erwerbslosigkeit betroffen wie SchweizerInnen mit 3.2 Prozent (SAKE 2005; Bundesamt für Migration, 2006, S. 43). In Übereinstimmung mit der schlechteren beruflichen Position sind auch die Einkommensverhältnisse von ausländischen Personen durchschnittlich schlechter. So verdient eine Ausländerin durchschnittlich 35 Prozent weniger als ein Schweizer, der über dieselbe Erfahrung und dieselben Qualifikationen verfügt (Bundesamt für Migration, 2006, S. 42). Und wenn tatsächlich Aufstiegs- und Weiterbildungsaussichten bestehen, dann scheitern diese oft an Sprachproblemen. Unter solchen Umständen kann die Integrationskraft des Arbeitsmarktes keineswegs als ausreichend bezeichnet werden.

### **Fehlende Anerkennung und Rückzugsprozesse**

Auch bei der sozialen Anerkennung (Wertschätzung) oder Nicht-Anerkennung von Individuen oder sozialen Gruppen spielen ihre sozioprofessionelle Position, ihr Bildungskapital und weitere Faktoren eine wichtige Rolle. Die vielfältigen Erfahrungen von mangelhafter Anerkennung und mangelhafter Integration können dazu führen, dass sich die betroffenen MigrantInnen zu Kompensationszwecken verstärkt ihrer Herkunftskultur und -

---

<sup>1</sup> Personen aus Portugal (8.6%) aus den westlichen Balkanländern (12.3%) sowie aus aussereuropäischen Ländern (13.6%) weisen besonders hohe Erwerbslosenraten auf (Bundesamt für Migration, 2006, S. 43)

gemeinschaft zuwenden. Das zeigt sich unter anderem an der Herausbildung von „bonding social capital“ entlang ethnischer Grenzen. Damit sind Beziehungsnetzwerke zwischen Personen gleicher Herkunft gemeint, welche exklusiv und nach aussen relativ abgeschlossen sind. Unterstützt wird dieser Reethnisierungsprozess beispielsweise noch durch Satellitenfernsehen in der Muttersprache, durch Zeitungen aus der „alten Heimat“ und durch an der Herkunft orientierte politische-, Vereins- und Freizeitaktivitäten. Die übertriebene Bezugnahme auf die eigene Herkunftsgruppe, die im Aufnahmeland Schweiz eine Minderheit darstellt, können die Integrationsdefizite wiederum verstärken.

### **Verschiedene (Sprach-)Welten**

Die mangelnde Integration drückt sich auch in der räumlichen Segregation von unterprivilegierten MigrantInnen und der schweizerischen Durchschnittsbevölkerung aus. Aufgrund des tiefen Einkommens siedeln sich unterprivilegierte MigrantInnen in Quartieren mit tiefen Mietzinsen und zumeist entsprechend schlechterer Wohn- und Lebensqualität an (kleinere Wohnungen bzw. dichtere Belegung, geografische Lage, Zustand der Häuser, Verkehrs- und Industrieemissionen, Versorgung mit Infrastrukturen). Eine solch konzentrierte Zusammensetzung der Wohnbevölkerung bestimmter Herkunftsländer besteht bereits heute in manchen städtischen und Agglomerationsquartieren, so etwa in Bern-Bümpliz und Bern-Bethlehem, an der Basel- und Bernstrasse sowie in Reussbühl in der Stadt Luzern, in Kleinbasel (Klybeck, Kleinhüningen), in Stadtzürcher Quartieren wie Schwamendingen und Seebach, im Sanktgaller Stadtteil St. Fiden und in Ansätzen auch im Quartier Guthirt in Zug. Allein an der 200 Meter langen Lindenstrasse in Reussbühl/Luzern leben, wie ein kürzlich im Schweizer Fernsehen ausgestrahlter Dokumentarfilm gezeigt hat, Menschen aus über 22 verschiedenen Nationen (Neue Heimat Lindenstrasse). Das Gebiet der Baselstrasse/Bernstrasse in Luzern weist einen AusländerInnenanteil an der Wohnbevölkerung von 59.3 Prozent auf – das ist der höchste in der ganzen Schweiz (Arend/Baur/Schuler 2005, S. 56).

Manche MigrantInnen erblicken in solchen räumlichen Konzentrationsprozessen eine berufliche Chance und eröffnen für ihre Landsleute Lebensmittelgeschäfte oder bieten andere Dienstleistungen an (so genanntes „ethnic business“). So waren laut der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) im Jahr 2005 8,2 Prozent der MigrantInnen in der Schweiz und damit fast doppelt so viele im Jahr 2000, selbständig erwerbend. Allerdings sinkt durch solche Prozesse die Notwendigkeit, die Landessprache(n) des Wohnkantons zu lernen weiter. So beträgt der Anteil jener Personen, die mit der örtlichen Umgangssprache *nicht* vertraut sind, an der Basel-/Bernstrasse in Luzern 13.8 Prozent (Arend/Baur/Schuler 2005, S. 56). Für die dennoch notwendigen „Aussenkontakte“, wenn bspw. ein Gang zu den Behörden oder zum Arzt ansteht, werden nicht selten die mit der Sprache vertrauten Kinder als Vermittler und Übersetzerinnen zu Rate gezogen. Die Kinder üben damit für die Eltern eine wichtige Brückenfunktion zur Mehrheitsgesellschaft aus. Doch diese Art der Abhängigkeit stellt teilweise das Erziehungsverhältnis in Frage und kann zu innerfamiliären Spannungen und Konflikten führen.

### **Folgen der Nicht-Kommunikation**

Ausserhalb der Arbeitswelt kommt es zwischen den weniger privilegierten MigrantInnen einerseits, wozu in der Schweiz vor allem Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Sri Lanka, Portugal und der Türkei zählen, und den einheimischen SchweizerInnen sowie den privilegierten MigrantInnen (zumeist west- und nordeuropäischer oder nordamerikanischer Herkunft) nur zu oberflächlichen Austauschsituationen. Bestehen zusätzlich zu den sozialen Unterschieden noch Sprachbarrieren, wird ein gleich berechtigter Austausch noch unwahrscheinlicher. Dies begünstigt wiederum den Fortbestand von Klischees, Vorurteilen

und Feindbildern – und zwar auf allen Seiten. Und es führt dazu, dass soziale Probleme wie etwa Zwangsheiraten erst spät als Versäumnis in Bezug auf die Forderung nach der Einhaltung von Menschenrechtsstandards unter allen BewohnerInnen in der Schweiz erkannt werden. Die individuellen Menschenrechte müssen auch hier zur Sprache kommen.

Voraussetzung für die Artikulation von entsprechenden Bedürfnissen und für die Schaffung von Verständnis dafür ist jedoch eine gemeinsame sprachliche Basis. Fehlende sprachliche Integration fördert das Nebeneinander auf Kosten des Miteinander (Parallel-Gesellschaften). Sprache ist jedoch nicht nur mit Blick auf die gesellschaftliche Integration notwendig, sondern auch im Interesse der Migrantinnen und Migranten selbst, weil sie der Verwirklichung der eigenen Lebensziele dient.

### **Schlussfolgerungen: Forderung nach einer Sprachoffensive**

In diesem Sinn begründet sich aus Sicht der Migrantinnen und Migranten selber die Forderung nach einer Integrationsoffensive, bei welcher die verbindliche Sprachförderung eine prominente Rolle spielt. Entscheidend sind weniger die Massnahmen selber – reine Anreize, Verpflichtungen und/oder auch Sanktionen –, sondern die damit verbundenen Motive bzw. Ziele und die Art und Weise, wie MigrantInnen dabei partizipieren. Auch unter MigrantInnen selber sind die Meinungen darüber geteilt, an welcher Stelle im Integrationsprozess die Verpflichtung einsetzen soll. Wo für die einen die Vermischung von Integrations- und Zuwanderungspolitik unzulässig ist, da argumentieren andere damit, dass es den MigrantInnen, vor allem auch den migrantischen Frauen, selber dient, wenn sie möglichst früh eine Integrationsvereinbarung abschliessen sollen. So oder so müssen entsprechende Massnahmen, hinter welchen keinerlei xenophoben Motive stehen dürfen, *von, mit und für* MigrantInnen konzipiert werden. Dabei schliesst auch die in vielfältiger Weise von MigrantInnen erhobene Forderung an, wonach sie die Integrationspolitik mitkonzipieren, mitentscheiden und mitdurchführen wollen. Dies mit der klaren Vision, durch Sprachförderung und –förderung die Grundlagen für eine effektivere Chancengleichheit aller in der Schweiz wohnhaften Menschen zu schaffen. Das Beispiel Basel-/Bernstrasse Luzern, wo der schweizweit höchste Anteil an Personen lebt, die der Umgangssprache nicht mächtig sind, zeigt eindrücklich, dass zu den bereits bestehenden vielfältigen Integrationsbemühungen unbedingt noch weitere Massnahmen hinzu kommen müssen.

### Quellen:

- Arend, Michal, Martin Bauer, Martin Schuler (2005), Eidgenössische Volkszählung: Bevölkerungszusammensetzung, Integration und Ausgrenzung in urbanen Zonen, Bundesamt für Statistik, Neuchâtel.
- Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) vom 16.12.2005 (angenommen am 24.9.2006), in Kraft ab 1.1.2008
- Bundesamt für Migration (2006), Probleme der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz: Bestandesaufnahme der Fakten, Ursachen, Risikogruppen, Massnahmen und des integrationspolitischen Handlungsbedarfs. Verf. im Auftrag des Departementvorstehers EJPD, Juli 2006.
- Bundesamt für Statistik: SAKE (Schweizerische Arbeitskräfte-Erhebung) 2005  
Neue Heimat Lindenstrasse: Schweizer und Ausländer in Littau bei Luzern, Dokumentarfilm von Beat Bieri, Schweiz 2006 (ausgestrahlt in SF 1 am 27.2.2007)

Statistisches Amt der Stadt Zürich (2006), Ausländische Personen in der Stadt Zürich:  
Entwicklung und Verteilung – Mustererkennung mit Hilfe von Rasterdaten, Reihe  
Statistik Stadt Zürich 14/2006.

„Vom Tellerwäscher zum Tellerwäscher – Warum sind Tamilen am schlechtesten integriert?“  
Referat von Anusooya Sivaganesan, Vizepräsidentin Integrationsnetz Zug im Rahmen  
der Veranstaltungsreihe des Politforums Zentralschweiz: „Blickwechsel – wie leben  
wir, wie leben andere in der Kornschütte“, Luzern, 26.1.2007.

Beachten Sie auch die weiteren Fact Sheets.

Ein wissenschaftliches Begleiteteam hat die Abklärungen koordiniert und begleitet.  
© 2007 Integrationsnetz Zug, Politforum Zentralschweiz, NCBI Zentralschweiz, Asylbrücke  
Zug, Schooling, Verein Katamaran.